

Aufruf: Bündnis fordert offensive Sozialpolitik - Armut jetzt bekämpfen!

7. MRZ 2018 | REDAKTION

Gestern haben 30 Organisationen zu einer offensiveren und menschenwürdigeren Sozialpolitik für alle Bedürftigen aufgerufen. Dass Menschen - egal welcher Herkunft - überhaupt Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssten, sei Ausdruck politischen und sozialstaatlichen Versagens in diesem reichen Land, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die wir nachfolgend dokumentieren. Sie wurde unter anderem vom Deutschen Gewerkschaftsbund, der Nationalen Armutskonferenz, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Deutschen Kinderschutzbund und PRO ASYL unterzeichnet.

.....

Bündnis fordert offensive Sozialpolitik: Armut jetzt bekämpfen!

Die momentan geführte öffentliche Diskussion um eine Tafel zeigt, dass arme Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sozialstaatliche Leistungen müssen dafür sorgen, dass für alle hier lebenden Menschen, gleich welcher Herkunft, das Existenzminimum sichergestellt ist. Es ist ein Skandal, dass die politisch Verantwortlichen das seit Jahren bestehende gravierende Armutsproblem verharmlosen und keine Maßnahmen zur Lösung einleiten. Damit drohen neue Verteilungskämpfe.

Die Zahl derer, bei denen Einkommen und Sozialleistungen nicht im Mindesten ausreichen, um Armut zu verhindern, wird zunehmend größer. Es betrifft Wohnungslose, in Altersarmut Lebende, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Erwerbslose und Geflüchtete.



Sozialleistungen endlich erhöhen!

Unsere Erklärung zur Diskussion um die Tafel

Wieder einmal wird sichtbar, worauf Fachleute seit Jahren hinweisen: Die Regelsätze in Deutschland sind zu gering bemessen, um grundlegende Bedürfnisse abzudecken. Für Ein-Personen-Haushalte und Alleinerziehende sieht der Hartz IV-Regelsatz täglich 4,77 Euro für Essen und alkoholfreie Getränke vor. Für Kinder im Alter unter sechs Jahren sind 2,77 Euro vorgesehen, für Kinder von sechs bis 14 Jahren 3,93 Euro.

Dass Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt die Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssen, ist Ausdruck politischen Versagens in diesem reichen Land. Die Ehrenamtlichen der Tafeln vor Ort dürfen nicht länger dazu dienen, armutspolitisches Unterlassen auszugleichen. Die Sicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaates und nicht privater Initiativen und ehrenamtlichen Engagements.

Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, die Regelsätze in Hartz IV und der Sozialhilfe auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau anzuheben. Dies muss auch für die Leistungen für Geflüchtete gelten, die bisher sogar noch niedriger sind. Sozialleistungen müssen nicht nur das nackte Überleben, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe ermöglichen.

Mehr Informationen unter: <http://www.der-paritaetische.de/aufruf>

Liste der Träger des Aufrufs auf Bundesebene:

- Der Paritätische Gesamtverband
- Alevitische Gemeinde Deutschland
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.
- Bündnis »Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!«
- Deutsche Diabetes-Hilfe
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie
- Deutsche Kinderschutzbund Bundesverband e.V.
- Deutsche Rheuma-Liga Bundesverband e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e.V.
- Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation
- Erwerbslosen- und Sozialhilfverein Tacheles e.V.
- Erwerbslosenforum Deutschland
- Fachverband Drogen- und Suchthilfe
- Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V.
- Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V.
- Guttempler in Deutschland e.V.
- Hilfswerk der Unitarier (Gesamtverband) e.V.
- Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
- Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen
- Nationale Armutskonferenz
- NaturFreunde Deutschlands e.V.
- PRO ASYL e.V.
- Solidaritätsdienst International e.V.
- SoVD – Sozialverband Deutschland e.V.
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.
- Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes e.V.
- Tafel Deutschland e.V.
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V.
- Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.
- Volkssolidarität Bundesverband e.V.
- Zukunftsforum Familie e.V.

URL: <http://www.blickpunkt-wiso.de/post/aufruf-buendnis-fordert-offensive-sozialpolitik-armut-jetzt-bekaempfen-2187.html>

PDF erstellt am: 20.03.2018